

Wirtschaftliche



Politik

15 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vostische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: 'Unterhaltungsblatt', 'Finanz- und Handelsblatt'. — Sonntag: Die illustrierte Beilage 'Zatibier' und 'Literarisches Umschau'. — Mittwoch: 'Reise und Wanderung'. — Donnerstag: 'Recht und Leben'.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausruf der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. A 18 Preis 1 Pfennig. Familien-Anschreibung 1/2 Preis. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestim�ner Nummer.

Verlag Direktor: Oberdirektor: Georg Bernhard, Verantw. Ullrich (im Ausw. d. Handelsblatt) Carl Misch, Berlin. Uswart. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Berlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale U 11.11.11. An Dänholm (A 7) 3.600—3.663 für den Fernverkehr An Dänholm 3.664—3.688. Telegramm-Adresse: Dänholmhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 966

Wirtschaft in die Politik!

Curlius vor der Internationalen Handelskammer

Im Anschluß an die geführte Tagung der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer, über den Bezug von Finanz- und Handelsblättern wirtschaftlich interessierten Mitgliedern wird, fand ein Festabend im Hotel Glöckner statt, bei dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curlius eine Ansprache hielt.

„Nach einleitenden Worten des Dankes und der Begrüßung, die besonders an den Schriftleiter der Internationalen Handelskammer, den italienischen Großindustriellen Alberto Pirelli gerichtet waren, führt Minister Curlius, zu Dr. Pirelli gewandt, u. a. aus:

„Mit Dank erinnern wir uns der Mühsamkeit, die Sie entfalten, die vor drei Jahren der große Versuch unternommen wurde, das internationale Problem der Reparationen, das allzu lange nur als politisches Problem behandelt, mehr und mehr unlosbar lösen, auf dem gefährlichen Boden wirtschaftlicher Erkenntnis einer befriedigenden, die Interessen wirtschaftlicher Weltanschauungen repräsentierenden Lösung näherzubringen. Es mag der Bericht der Dawes-Gesandtschaft, zu deren Kreis Sie gehören, schon eine erhebliche Lösung des Reparationsproblems bringen konnte und wollte, so wird es begreiflich auch für die Zukunft die unüberwindliche Lücke bestehen bleiben, daß es sich bei dem Reparationsproblem um ein wirtschaftliches Problem handelt, das im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten und mit wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden muß. Nur das feste Vertrauen auf die innere Kraft ihrer Weisheit hat Deutschland den Mut gegeben, schon in dem Zwischenjahre, den der Dawes-Bericht einleitete, das Werk seiner wirtschaftlichen Erneuerung mit Entzwei- und Schoßverfahren in Angriff zu nehmen.

Können wir in der Entpolitisierung eines großen, wenn auch schon ungenutzten wirtschaftlichen Problems das bestmögliche Prinzip erblicken, das sich bei der Wölbung und Wahrung des Dawes-Berichts durchzieht, so möchte ich glauben, daß die Aufgaben der Internationalen Handelskammer bis zu einem gewissen

Grade und vielleicht im Sinne einer etwas extensiveren Betrachtung ähnlich gelöst sein müßten. Die Gesamtheit der weltwirtschaftlichen Probleme muß, das ist meine Überzeugung, mehr als dies bisher gelungen ist, aus der Sphäre politischer Betrachtung herausgedrückt werden. Wenn ich dies sage, so meine ich nicht, daß die nationalen Staaten aufhören müssen, kraft ihrer staatlichen Organisationen die eigene Wirtschaft zu fördern und mit den Mitteln der staatlichen Organisation in das Verhältnis der eigenen Wirtschaft zu der Weltwirtschaft regelnd einzugreifen.

Sich meine, daß die Politik der Staaten sich immer mehr von der Notwendigkeit überlegen müßte, weltwirtschaftliche Probleme wirtschaftlich zu erfassen und auf dem festen Boden wirtschaftlicher Erkenntnis zu lösen. Insbesondere sollten die Staaten, wenn sie finanzielle Eingriffe in den Außenhandel vornehmen oder aufrecht erhalten, sich durch viel eingehender wirtschaftliche Untersuchungen Rechenschaft darüber abgeben, ob die von ihnen angestrebten günstigen Erfolge nicht durch ungewollt, aber wirtschaftlich unvermeidliche Neben- und Rückwirkungen ausgeglichen oder überwiegt werden.

Eine freieren Entwicklung des Warenverkehrs und -verkehrs die Wege zu abnen, und bei der Durchführung der großen wirtschaftspolitischen Abrechnungen des Völkerverbundes gesprächsbereit mitzuwirken, das scheint mir eines der großen Aufgaben zu sein, die der Internationalen Handelskammer in dem Gesamtorganismus der Weltwirtschaft zufallen. Sie wissen, daß die Weltregierung nur der Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Solidarität und weltwirtschaftlicher Rationalität in Europa sich hingeworfen hat, und daß sie den ernstlichen Willen hat, in gemeinsamer Arbeit der Nationen die wirtschaftlich aufeinanderstehenden Handelsbeziehungen wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Sie ist sich der großen Schwierigkeiten bewußt, die eine rein politische Behandlung dieses großen Problems finden muß. Sie begrüßt deshalb die verständnisvolle Pionierarbeit, welche die Internationale Handelskammer auf diesem Gebiete zu leisten bereit ist. Die Weltregierung hat den Willen, schrittweise und behend einzugreifen, um solche Hilfe möglich zu sein.“

Poincarés Wahlmanöver

Von Dr. Leo Göttsch, Berichterstatter der 'Wirtschaftlichen Zeitung'

* Paris, 20. Januar

Nach in der französischen Politik geht es meistens anders als man denkt. Und die hat es Gezeiten, zu der die Kammer noch einmal vor den Stimmhellen zusammengetreten ist, um noch sooft die dringlichsten im Laufe der zu Ende gehenden Legislaturperiode liegenden wichtigsten Vorhaben und Gegenstände unter Druck und Frang zu bringen, hatten die Stimmhellen auf politische Mobilität gelaufen. Infolgehalb Jahre Burgfrieden, die Poincarés eigener Wille den Parteien aufgezwungen hatte, schienen die Energien dieses Parlamentes so gründlich erschöpft zu haben, daß niemand mehr an die Möglichkeit eines so weitreichenden, weitgehenden Aufschwunges der politischen Lebenstätigkeit geglaubt hätte, und in allen politischen Lagern war man sich darüber einig gewesen, daß am 11. Mai 1924 gewählte Kammer, wenn nicht in Schöndebit, so doch ohne Todesangst in die Geschichte eingehen würde.

Wenn man Poincarés politische Intelligenz unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß es ihm mit seinem Stoßkopfe die Kommunitäten lediglich um eine neue Kräfteprobe mit der Kammer zu tun gewesen ist, der vor ihrer Konstitution bereits im voraus loß war, daß dieses Spiel kaum mehr einen Reiz für ihn haben konnte. Von einem Parlament, das sich durch die Frucht der fast täglich gefallenen Bertramensfrage so gründlich hat einfindigen lassen, daß es sich fast langem seiner fundamentalsten, verfassungsmäßigen Rechte und Prerogative zugunsten einer mit den Mitteln der Diktatur arbeitenden Regierung freiwillig begeben hat, war nicht gut zu erwarten, daß es um eines Prinzipis, geizig denn um eines einzigen, die Kammer als Vorkriterien würde, den Mut zu politischer Verantwortung aufzubringen würde, die es seit 18 Monaten nicht mehr zu fragen gewagt hat. Auf eine neue Demittierung der Kammer aber konnte es Poincaré um so weniger ankommen, als ein so mißliches zu erwerbender Sieg keine unbefriedigende Situation kaum mehr zu erzielen vermochte.

„Sein Ziel war in Wirklichkeit diesmal sehr viel weiter gesteckt. Die Kommunitäten waren das durchaus notwendige Objekt seines gegen die Kammer unternommenen, des Vorkriterien, der fünf Abgeordneten, gegen die die Regierung die Aufhebung der Immunität beantragt hat, sich drei noch heute ihrer Freiheit erfreuen, zeigt, daß es den Kommunitäten, wenn sie gewollt hätten, einseitig gewesen wäre, auch die beiden anderen dem Angriff der Regierung zu widerstehen. Die fünf Abgeordneten hätten der Regierung wahrscheinlich einen größeren Gefallen tun können, als wenn auch sie der Kammer gegenüber ferngeblieben wären, bei deren Stimmhellen sie nicht in Waffen aufgeborenen Politik festgehalten wurden. Die kommunistische Partei selbst hat ihre Zustimmung gewollt, weil sie sich in der Tat keine wirksamere Propaganda möglich konnte als die Politik fanatischer Verfolgung und Depression, mit der Poincarés radikal-fiskalischer Innenminister Sartout sich und seine Partei seit einem Jahre so ignom befestigt.

Der von ihm nicht immer mit lokalen Mitteln gegen den Kommunismus geführte Kreuzzug hat eine persönliche und eine politische Seite. Die persönliche besteht aus der Zeit, die Poincaré auf dem Generalkonvent in Angier residierte und die Kommunitäten ihm durch ihre Agitation unter den Eingeborenen das Leben fauer machten. Die Betreuung mit dem Ministerium des Innern, dem die Poincarés politische Ergebe der extremen Wintert stark automatisch die Positionen der Reaktion jeder kommunistischen Stimmung zuwachs aber — der an sich ungenügend ist, im ihm die sehr zur Streifenentwicklung im Parlament kaum zur

Notenkrieg statt Friedenspakt

Briands Antwort an Kellogg

Nachrichtendienst der 'Wirtschaftlichen Zeitung'

Paris, 20. Januar

Der Text der Note, in der die französische Regierung auf die letzten Vorwürfe des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg in der Kellogg-Note, ist heute vom Ministerium genandt und bereits in den frühen Morgenstunden dem französischen Vorkriterien in Washington telegraphisch übermitteln worden, der sie vornehmlich im Laufe des morgigen Vormittags der amerikanischen Regierung überreichen wird. Die Note umfaßt, wie wir hören, nur vier Stichwörterpunkte.

Die von Briand bereits in der vergangenen Woche festgelegte Fassung hat keinerlei Veränderung erfahren. Wenn ihre Anwendung bisher immer wieder hinausgeschoben worden ist, so hat das seinen Grund lediglich darin, daß man in Paris von der Absicht ist, die der Kellogg-Note durch die Kelloggischen Vorwürfe erfahren hat, alle andere als erhaben ist und deshalb alle Anterese daran hatte, die Verhandlungen darüber noch Möglichkeit zu verschaffen.

Der Göttsch-Redaktionen abgeschlossen hat, zu führen haben sollte. Aber diesmal ist die Fassung der französischen Antwort ungewohnt, die, daß Paris sich unter allen Umständen die Möglichkeit zur Führung eines Kantonskrieges oder zur militärischen Unterstützung seiner Verbündeten offenhalten will. Die Note wird voraussichtlich schon morgen veröffentlicht werden. Auf die amerikanische Note wird man gespannt sein dürfen.

Die oberdeutschen Wahlkämpfe

Nachrichtendienst der 'Wirtschaftlichen Zeitung'

Wiesbaden, 20. Januar

Die von Beschwerden breiter deutscher Wählerkreise in O. D. R. über die wegen Nicht-Eintragung in die amtlichen politischen Wahlkreise und Zurückweisung der Beschwerden darüber wird heute abend eine amtliche Erklärung der Reichsregierung veröffentlicht. Darin wird festgestellt, daß Reklamationen wegen der Nicht-Eintragung gemäß der Wahlordnung noch jetzt erfolgen können. Die Nicht-Eintragung von Protesten, bei denen die Staatsangehörigkeitsausweise nicht gleichmäßig verteilt worden seien, wurde bekräftigt. Die Befassung eines solchen Ausweises mache den betreffenden Wählern keinerlei Schwierigkeiten. Die Nicht-Eintragung von Protestklamationen aus anderen Gründen ist in keinem Fall durch die Befassungsbefugnisse belegt worden. Der Generalkonvent wurde heute erst am 14. Januar durch ein Stimmblettogramm die Behörden angewiesen, sich freigelegten an die Vorkriterien der Wahlordnung zu halten. Eine Veränderung des Befassungstermins ist noch nicht anzunehmen, daß durch die längere Reklamationen ein Teil der nicht eingetragenen Wähler wohl noch nachträglich sich Wahlrecht zugesprochen erhält. Die Durchführung der Verhandlungen des Generalkonvents am 14. Januar wird im nächsten Monat werden müssen, wenn in kommenden Monaten die Wahlkämpfe nicht wieder das alte russische Wort: „Der Ort ist groß und die Hauptstadt ist weit.“